

Streiks in der DDR: Ursachen, Abläufe und Ausmaß

Strikes in the GDR: Causes, courses of action and dimensions

prof. Dr. André STEINER

Abstract

Im vorliegenden Beitrag wird auf den ersten landesweiten Streik im ehemaligen Ostblock eingegangen, der im Juni 1953 in der DDR stattfand, sowie auf dessen Ursachen und Folgen. Im Anschluss daran werden einzelne Probleme und Möglichkeiten von Streikaktionen in der frühen Nachkriegszeit und in der Zeit der sowjetischen Besatzung behandelt. Im Verlauf der sozioökonomischen Transformation der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland hatte man sich teilweise der Streikaktionen bedient, um gegen private Unternehmen vorzugehen. In den frühen 1950er Jahren wurde jedoch nur wegen schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter gestreikt, oder wenn sich die Arbeiter misshandelt fühlten. Das grundlegende Problem von Streikaktionen unter den Gegebenheiten eines sozialistischen Systems war es: Die kommunistische Partei legitimierte ihre Herrschaft als „Arbeiter- und Bauernmacht“, wodurch das Staatseigentum als „Volkseigentum“ anzusehen wäre und die Arbeiter also nicht gegen sich selbst streiken könnten. Die Intensität von Streikaktionen hatte in der DDR nie wieder das Ausmaß wie in den Wochen von Juni bis Juli 1953 erreicht. In der Zeit nach dem Jahre 1953 bis zum Jahr 1989 fanden keine größeren Demonstrationen für Arbeiterrechte oder gegen die SED-Verwaltung mehr statt. Streiks gab es aber immer noch. Trotz gemeinsamer Unterschiede wiesen sie bestimmte Eigenschaften und Vorgehensweisen auf, die im folgenden Text behandelt werden. Die Anzahl der Beteiligten an den Streikaktionen blieb nach dem Jahr 1953 innerhalb von Grenzen der Bewältigungsmöglichkeit. Dazu wurden Streiks schnell und aufgrund bestimmter kontroverser Themen eingeleitet und fanden daher spontaner statt. Auch nach 1953 blieben die Fragen der Belohnung und der Arbeitsnormen meist die Konfliktthemen, etwa also die Fragen des Einkommens. Diese typischen Merkmale hatten sich bis Ende der 1950er Jahre entwickelt und blieben danach schon erhalten. Trotzdem änderte sich die Zahl der Streikaktionen bis zum Ende der DDR-Zeit erheblich: Anfang der 1960er Jahre kamen sie noch relativ häufig vor, während ihre Intensität in den Jahren der Wirtschaftsreform stark abnahm. Obwohl die Zahl Ende der 1960er Jahre infolge aktueller Wirtschaftskrise zeitweilig wieder zunahm, verloren Streiks in den 1970er und 1980er Jahren allmählich an Bedeutung, wobei die Zahl der Beteiligten wesentlich zurückging. Die Ursachen dieser Entwicklung werden am Ende des Beitrags zusammengefasst.

Schlüsselwörter

Streik, DDR, Ostdeutschland (DDR)

Abstract

At the outset, this paper deals with the first nationwide strike in the Eastern Bloc, which took place in the GDR in June 1953, and its causes and consequences. Following this, it presents the particular problems and the possibilities for strikes during the initial post-war period and the period under the Soviet Occupation. As part of the socio-economic transformation of the Soviet occupied zone in Germany strikes were partially used in order to take action against private entrepreneurs. However, in the early 1950s strikes were called over bad working and living conditions or because the workers felt aggrieved. Hereafter, the fundamental issue of strikes within the conditions of a socialist system is: The communist party legitimized its rule as a "workers and peasants power" with the state property being seen as "people's property" and hence workers could not go on strike against themselves. In the GDR, strikes never reached the extent of the ones in the weeks of June/July 1953. After this event until 1989, no larger scale demonstrations of workers for their rights or against the SED rule took place. Nevertheless, there were strikes; despite their differences, they showed certain characteristics and courses of action which are presented next. The numbers of people involved in strikes remained within manageable limits after 1953. Furthermore, strikes were initiated quickly and due to certain controversial subjects and therefore happened more spontaneously. Even after 1953 the subjects of the conflicts were mostly questions of wages and work norms, i.e. the income. These typical characteristics developed until the end of the 1950s and were preserved after. Nevertheless, the number of strikes changed considerably until the end of the GDR: at the beginning of the 1960s, they were still relatively high, but in the years of the economic reform declined sharply. Although numbers increased noticeably at the end of the 1960s, due to the economic crisis, strikes increasingly lost their importance throughout the 1970s and 1980s, with the numbers of participants decreasing drastically. The causes for this development are explained at the end of the paper.

Keywords

strike, GDR, East Germany

Als am 16. Juni 1953 die Ostberliner Bauarbeiter ihre Arbeit niederlegten und zum Haus der Ministerien nahe der Grenze zu den westlichen Sektoren und Sitz der wichtigsten DDR-Ministerien zogen, war das der Auftakt zu dem bedeutendsten, aber bis 1989/90 auch dem einzigen großen Streik in der DDR, wenngleich es auch später immer wieder zu Arbeitsniederlegungen – wie die Streiks von der SED bezeichnet wurden – kam. Daraus entwickelte sich am Folgetag, dem 17. Juni 1953 – der als Chiffre für diese Ereignis gilt – ein

Massenstreik teilweise mit dem Charakter eines Aufstandes, der zugleich der erste landesweite Streik im Ostblock war. Neben wirtschaftlichen wurden schnell auch politische Forderungen aufgestellt, die sich gegen die Macht der herrschenden SED, die DDR-Regierung und das Ministerium für Staatssicherheit richteten. Die Streikbewegung beschränkte sich nicht auf Berlin, sondern breitete sich in der ganzen DDR aus. Am meisten – hier hielt der Protest bis in den Juli an – waren die Industriebezirke Magdeburg und Halle betroffen. Insgesamt kam es im Juni/Juli 1953 in der DDR in über 500 Orten, darunter allen größeren Städten, zu Streiks und Demonstrationen. An der ersten Protestwelle zwischen dem 16. und dem 21. Juni beteiligten sich mindestens eine halbe Million Menschen, wahrscheinlich mehr. Im vorliegenden Aufsatz soll es zunächst um den Hintergrund und die Folgen des Juni-Aufstandes von 1953 in der DDR gehen. Danach werden kurz die Arbeitsniederlegungen vor dem Juni-Aufstand 1953 behandelt, um anschließend auf die grundlegenden Probleme von Streiks in den Ostblockländern einzugehen. Im Folgenden soll beleuchtet werden, wie die Streiks nach dem Juni-Aufstand abliefen, und zum Schluss das Ausmaß der Streiks in der DDR im Zeitablauf ermittelt werden, um dann diese Entwicklung zu erklären.

Die Hintergründe und Ursachen des Juni-Aufstandes von 1953

Nach den Jahren der Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit schien es vielen Menschen in der DDR Anfang der fünfziger Jahre aufwärts zu gehen. Trotzdem hatte die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft erst etwa 70% ihres Vorkriegsniveaus erreicht und lag ein Drittel hinter der Westdeutschlands zurück. Dafür waren nicht nur Kriegszerstörungen, sowjetische Demontagen und Reparationen aus laufender Produktion verantwortlich. Mehr noch folgte der Rückstand aus der Anfang der fünfziger Jahre abgeschlossenen Transformation zu einer Planwirtschaft. Noch größer als bei der Produktivität war der Rückstand beim Konsum: Er belief sich Anfang der fünfziger Jahre pro Kopf der Bevölkerung auf etwas mehr als die Hälfte des Vorkriegsstandes bzw. des der Bundesrepublik. Viele Lebensmittel und Konsumgüter wurden nach wie vor rationiert.¹

In dieser Situation ließ die SED-Spitze auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 beschließen, in der DDR den „Sozialismus planmäßig aufzubauen“ und damit die Umgestaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben, um schließlich auch Westdeutschland im Entwicklungsniveau zu überholen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der fortschreitenden Einbindung der DDR in den Ostblock waren nun die Investitionen noch mehr als bereits zuvor in die Schwerindustrie umzuleiten. Außerdem sollte eine Armee geschaffen werden. Auf dem Land wollte man Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) bilden und mit der Kollektivierung die Transformation der Wirtschaft weiter vorantreiben. Der Konsum erschien in diesen politischen Zielen nur noch am Rand.

¹ Vgl. zur Vorgeschichte des Juni-Aufstandes im Folgenden zusammenfassend: STEINER, André: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007, 81–89. Jüngst auch: HOFFMANN, Dierk: Der 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und Folgen des Volksaufstandes in der DDR, in: *Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute*, LÖHNIG, Martin – PREISNER, Mareike – SCHLEMMER, Thomas (Hgg.), Tübingen 2015, 99–114.

Ungünstige Witterungsbedingungen und die Unruhe, die die Kollektivierungskampagne auslöste, führten 1952 zu einer Missernte. Trotzdem wurde das Ablieferungssoll der Bauern hoch gesetzt und dessen Nichteinhaltung hart bestraft, weshalb viele Bauern in den Westen flohen. Andere wurden enteignet und ihre Höfe den Genossenschaften übergeben. Die LPG erreichten aber nicht die erforderliche Produktivität und zeigten gravierende Mängel, so dass auch für 1953 keine gute Ernte zu erwarten war, was die ohnehin bereits angespannte Versorgungslage für Grundnahrungsmittel noch weiter verschärfen musste. Ähnlich wie auf dem Land ging man 1952/53 auch gegen private Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe vor, indem das Wirtschafts- und Steuerrecht rigoros angewandt wurde. Die Zahl der privaten Betriebe und ihre Produktion schrumpften in einem knappen halben Jahr um mehr als ein Zehntel, was das Warenangebot für die Industrie als auch für die Bevölkerung weiter verknappte.

Dazu kamen die Lasten aus dem Aufbau einer neuen Armee. In Folge des Korea-Krieges und der gewachsenen Kriegsangst wurde in West und Ost verstärkt gerüstet. Auf Empfehlung der Sowjets sollte für den „Aufbau nationaler Streitkräfte“ bei der Sozialversicherung und -fürsorge gespart, der Konsum der Bevölkerung gedrosselt und die Steuern erhöht werden. Das Rüstungsprogramm beanspruchte erhebliche Gelder, Rohstoffe, Arbeitskräfte, aber auch Baukapazitäten und überforderte letztlich die Volkswirtschaft. Daraufhin teilte die SED-Spitze Moskau mit, dass man nicht alle Vorgaben zugleich erfüllen könne. Daraufhin beschloss die Sowjetregierung im April 1953, gewisse Erleichterungen bei den Schulden und Reparationen für die DDR und sagte ihr zusätzliche Rohstoff- und Getreidelieferungen zu. Außerdem sollten die Militärausgaben um ein Drittel gekürzt werden. Das reichte aber nicht, um die angespannte Situation schnell zu entspannen.

Die ohnehin schon prekäre Lage der Verbraucher gestaltete sich im Frühjahr 1953 zunehmend dramatisch. Es fehlten besonders Butter, Margarine, Gemüse, Fleisch und Zucker. Darüber hinaus kam es oft zu Stromsperrern. Auch Wollkleidung, Lederschuhe und Mäntel waren nur selten zu bekommen. Zudem wurden noch die Verbraucherpreise für Textilien und Schuhe sowie für Fleisch, Wurst, Eier, Kunsthonig und Marmelade angehoben. Auch die Arbeiterfahrkarten wurden verteuert. Auf diese Weise sollten die private Nachfrage und die Subventionen reduziert und der Staatshaushalt entlastet werden.

Die Mittel reichten aber für die zusätzlichen Aufgaben nach wie vor nicht. Da die Arbeiter als „herrschende Klasse“ zunächst nicht weiter belastet werden sollten, wollte die SED bei den Mittelschichten neue Geldquellen erschließen, weshalb die Steuern weiter erhöht und Sozialleistungen für Selbständige gestrichen bzw. verteuert wurden. Darüber hinaus entzog man den DDR-Bürgern mit Gewerbe oder Arbeitsplatz in Westberlin sowie den Selbständigen und freiberuflich Tätigen sowie ihren Angehörigen – insgesamt etwa 2 Mio. Menschen – die Lebensmittelkarten, so dass sie ihren Bedarf nur noch in den freien Läden befriedigen konnten. Damit stiegen ihre Ausgaben für Nahrungsmittel um bis zu 120%. Zudem waren viele Güter dort nicht mehr zu erhalten. Daher erschien vielen die Flucht als einziger Ausweg. Bei den Zurückbleibenden erhöhten all diese Maßnahmen den Unmut beträchtlich. Zugleich konnten selbst damit die bestehenden Finanzlücken nicht geschlossen werden.

Deshalb sollten nun auch die Arbeiter – über die bereits von ihnen zu ertragenden höheren Preise und den Mangel an Konsumwaren hinaus – einen größeren Beitrag zum „Aufbau des

Sozialismus“ leisten. Dazu war die Lohnentwicklung stärker der der Arbeitsproduktivität anzupassen, was ursächlich mit dem schon lange schwelenden Problem der Arbeitsnormen zusammenhing. Die SED befand sich hier in einem grundlegenden Dilemma: Einerseits legitimierte sie ihre Herrschaft als „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ und der überwiegende Teil der Industrie befand sich im „Volkseigentum“. Tatsächlich handelte es sich aber um Staatseigentum. Deshalb musste die den Staat beherrschende SED andererseits faktisch wie ein Unternehmer von den Arbeitern im Interesse des Wirtschaftswachstums höhere Leistungen fordern. Infolge dieses Dilemmas hatte man sich auf diesem Feld bis dahin recht vorsichtig bewegt, auch wenn die Normen als Leistungsvorgabe tatsächlich zu niedrig lagen und zu 175 bis 200% erfüllt wurden. Jedoch waren die Grundlöhne im Verhältnis zu den Preisen so gering, dass nur die mit übererfüllten Normen erzielten Lohnzuschläge einen auskömmlichen Lebensstandard garantierten. „Gerechte“ Leistungslöhne waren aber auch kaum möglich, weil der von den Arbeitern nicht zu verantwortende Material- und Energiemangel immer wieder Produktionsstörungen verursachte. Deshalb widersetzten sich die Arbeiter den zunächst auf freiwilliger Basis eingeforderten Normenerhöhungen, die für sie Lohnsenkungen bedeuteten. In der Konsequenz beschloss die SED-Spitze am 14. Mai 1953, dass „die für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10%“ zwangsweise erhöht werden sollten. Damit stiegen der Druck und die Unruhe in den Betrieben.

Mit Verweis auf die „ernste Unzufriedenheit unter den breiten Massen der Bevölkerung“ drängten nun die Sowjets Anfang Juni in Moskau die SED zu einer milderer Politik. In einem „Neuen Kurs“ sollte nunmehr die Konsumgüterindustrie stärker entwickelt, zwangsweise entstandene und nicht lebensfähige LPGs aufgelöst und die steuerliche Belastung der privaten Gewerbetreibenden, Händler und Bauern reduziert werden. Schließlich erklärte das SED-Politbüro am 11. Juni 1953, dass die gegenüber den Einzelbauern, privaten Unternehmern und Einzelhändlern, Handwerkern und der Intelligenz getroffenen restriktiven Maßnahmen korrigiert werden sollten. Beschlagnahmtes Eigentum war den aus dem Westen Heimkehrenden zurückzuerstatten oder Ersatz zu leisten. Die Preiserhöhungen wurden zurückgenommen. Der „Neue Kurs“ sollte die Lebenshaltung der Bevölkerung verbessern. Jedoch wurde die Normenerhöhung als Krisenmoment nicht beachtet und ihre Brisanz vielmehr unterschätzt, obwohl Berichte über die deshalb äußerst angespannte Stimmung in den Betrieben vorlagen. Das Politbüropapier musste in dieser Situation wie ein Zünder wirken: Allen bis dahin benachteiligten Gruppen wurden Zugeständnisse gemacht; lediglich die Arbeiter blieben außen vor. Dabei war es schon im Winter 1952/53 und Mai 1953 zu kleineren Streiks gekommen. Die SED-Führer, die sich als Repräsentanten der vermeintlich herrschenden Arbeiterklasse verstanden, setzten genau diese gegenüber anderen Schichten zurück, was von wenig politischem Fingerspitzengefühl zeugte. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen und zunächst die Bauarbeiter auf die Straße brachte und schließlich den eingangs bereits geschilderten Aufstand auslöste.

Dieser wurde durch massiven sowjetischen Truppen- und Panzereinsatz niedergeschlagen. Die Zahl der Toten und Verletzten ist nicht zuverlässig ermittelt, die Angaben bewegen sich zwischen 50 und mehr als 100 Streikaktivisten und „Provokateuren“, zwischen 5.000

und 10.000 wurden verhaftet, wovon etwa zwei Drittel Arbeiter waren.² Sie wehrten sich aber – oft erfolgreich – gegen die Repressions- und Verhaftungswelle. Mitte Juli kam es an mehreren Orten erneut zu Streiks. Besonders große Ausmaße nahm das im Chemiedreieck an. Die Situation war insgesamt nur schwer zu beruhigen. Deshalb sollte die Lage in der DDR stabilisiert werden, indem die Sowjetunion auf offene Reparationsforderungen verzichtete und ostdeutschen Schulden erlies. Der den Aufstand auslösende Normenbeschluss wollte man vergessen machen, indem die bis Anfang April gültigen Normen wieder als Basis für die Löhne herangezogen wurden. Allerdings hatten die Arbeiter neues Selbstbewusstsein gewonnen. Daher war selbst an eine vorsichtige Steigerung der Normen in nächster Zeit nicht zu denken.

Die „Normenfrage“ und der 17. Juni wurden zum Trauma der SED-Spitze. Dieser erste Massenkonflikt im Ostblock prägte das Denken bei den Herrschenden bis zuletzt: Staatssicherheitschef Erich Mielke fragte noch im Sommer 1989 angstvoll, ob ein neuer 17. Juni vor der Tür stehe.³ Die SED-Spitze setzte seit 1953 alles daran, Konflikte unterhalb der Schwelle eines solchen Aufstandes zu halten. Aber auch den Beherrschten wurde die Lektion vermittelt, dass es zwecklos sei, zu rebellieren – so lange die Sowjets ihre schützende Hand über die Herrschenden hielten. Für die Zukunft kristallisierte sich eine „Doppelstrategie“ der SED-Spitze heraus, um ihre Herrschaft zu sichern: Einerseits wurden harte Strafen – Entlassungen, Haftstrafen oder sogar (zumindest in den 1950er Jahren) Todesstrafen – gegen die Minderheit der „Verführer“ verhängt. Andererseits erhielten die eher „Verführten“ materielle Verbesserungen: Normerhöhungen wurden zurückgenommen, Löhne in den unteren Lohngruppen gesteigert und betriebliche Sozialleistungen verbessert. Mit dieser „Doppelstrategie“ gelang es, die Masse der Arbeiter langfristig zu pazifizieren, wobei es aber trotzdem immer wieder zu Arbeitsniederlegungen kam.⁴ Alles in allem bildete der 17. Juni in der Streikgeschichte der SBZ/DDR eine entscheidende Wendemarke.

Arbeitsniederlegungen vor dem Juni-Aufstand 1953

Natürlich gab es auch bereits vor den Ereignissen im Juni 1953 Streiks in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR. In der Zeit der SBZ, also vor der Gründung der DDR,

2 Zu den verschiedenen Zahlenangaben: DIEDRICH, Torsten: *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991, 132f.; STARITZ, Dietrich: *Geschichte der DDR*, Erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M. 1996, 121f.; KOWALCZUK, Ilko-Sascha – MITTER, Armin – WOLLE, Stefan (Hgg.): *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995, 10; OSTERMANN, Christian F.: *Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question and the First Major Upheaval behind the Iron Curtain*, Budapest – New York 2001, 165, 169. Siehe in letzterem die sowjetischen Dokumente mit Zahlenangaben vor allem 283f. Vgl. auch die Chronik unter <http://www.17juni53.de/>.

3 MITTER, Armin – WOLLE, Stefan (Hgg.): *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990, 125.

4 STADTLAND, Helke: *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953*, Essen 2001, 498. Hier auch eine stark auf den FDGB fokussierte Darstellung des Aufstandes vom Juni 1953.

richteten sich solche Aktionen zumindest indirekt auch immer gegen die Besatzungsmacht. Zugleich konnten sie in einer Zeit des allgemeinen Mangels und Hungers auch kontraproduktiv erscheinen.⁵ Im Mittelpunkt stand zunächst einmal, das Überleben zu sichern und dem Hunger zu entrinnen. Dazu kamen aber auch Angst vor der Besatzungsmacht, die in eine weit verbreitete Apathie mündete.⁶ So waren in Ostdeutschland relativ weniger Streiks zu verzeichnen als in Westdeutschland und ihre Zahl ging von 1946 bis 1948 ebenso wie die Zahl der Beteiligten tendenziell zurück. Das war vermutlich darauf zurückzuführen, dass unter den Bedingungen der Not und des Warenmangels mit einer Lohnsteigerung trotzdem nicht mehr Güter erworben werden konnten, weil diese für den Kauf von knappen Waren auf dem „schwarzen Markt“ auch nicht reichte. Deshalb blieb das Interesse an solchen Konflikten schwach. Es kann aber auch angenommen werden, dass Streiks für Lohnerhöhungen nicht als opportun galten, weil die sowjetische Besatzungsmacht den Lohnstopp verkündet hatte. So blieb die Zahl der Arbeitsniederlegungen, die auf die klassischen Streikgründe, wie Entlohnungs- und anderer tariflicher Fragen, zurückzuführen waren, mit 13 von 81 der von 1946 bis 1948 registrierten Streiks gering. Mit knapp 60% davon wurde allerdings in der SBZ am häufigsten wegen Fragen der Mitbestimmung gestreikt. Diese Streiks wegen der Mitbestimmungsrechte fanden in privat verbliebenen kleinen und mittleren Industrieunternehmen statt und waren wohl Teil einer Kampagne der ostdeutschen Einheitsgewerkschaft FDGB, die die Belegschaften nach Erlass des Betriebsrätegesetzes durch den Alliierten Kontrollrat im April 1946 aufforderte, für mehr Mitbestimmungsrechte – als dort vorgesehen – zu kämpfen. Vor allem ging es um die Beteiligung der Betriebsräte an unternehmensstrategischen Entscheidungen und die regelmäßige Einsicht in Firmenkonten und Bilanzen. Dagegen verwahrten sich die Unternehmer, weil es einer kalten Enteignung gleichkam. Sie wurden nicht nur mit Streiks unter Druck gesetzt, sondern auch darüber hinaus durch die sowjetische Besatzungsmacht eingeschüchert.⁷ Da diese Arbeitsniederlegungen anscheinend vom FDGB gezielt gegen Privatunternehmer initiiert und gesteuert wurden, können sie als Teil der sozialökonomischen Umgestaltung in der SBZ verstanden werden.

Auch in den Jahren zwischen Gründung der DDR 1949 und dem Juni-Aufstand 1953 kam es in den DDR-Betrieben wiederholt zu Streiks, ohne dass dazu bisher genauere Zahlen vorliegen. In diesen Jahren standen die Protestformen der Arbeiter noch in großer Nähe zu den Traditionen der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Zeit. Als Menetekel für den Juni-Aufstand von 1953 wurde in der Literatur ein Aufruhr der Wismut-Arbeiter in Saalfeld im August 1951 herausgearbeitet, der schon wesentliche Momente aufwies, die auch später typisch für derartige Ereignisse waren: Die Ursachen für diesen Aufruhr lagen in schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Wismut-Kumpel, ihrem Gefühl, ungerecht behandelt

5 VOLKMANN, Heinrich: Arbeitsniederlegungen und Protestdemonstrationen 1946–1948 im Ost-West-Vergleich, in: *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, FISCHER, Wolfram – MÜLLER, Uwe – ZSCHALER, Frank (Hgg.), St. Katharinen 1997, 206–228, hier 210.

6 Siehe dazu STADTLAND, Helke: Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen Integration, Disziplinierung und Verweigerung, in: *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, HÜBNER, Peter – KLEßMANN, Christoph – TENFELDE, Klaus (Hgg.), Köln 2005, 357–381, hier 358–361.

7 VOLKMANN, 218–224; KLEßMANN, Christoph: *Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971)*, Bonn 2007, 749.

zu werden, und in vorherigen Zusammenstößen mit der Polizei. Nach dem Aufruhr wurden die „Rädelsführer“ verhaftet und teils verurteilt, aber zugleich die Situation der Arbeiter durch den Bau neuer Wohnunterkünfte und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln entschärft, so dass die Lage schnell wieder beruhigt werden konnte.⁸

Streik als Problem sozialistischer Herrschaft

Unter den Bedingungen eines sozialistischen Systems bildeten Streiks ein grundsätzliches Problem, das nicht auf die DDR beschränkt war und die anderen Ostblockländer ebenso betraf. Da das de facto staatliche Eigentum als „Volkseigentum“ und die Herrschaft der kommunistischen Partei als „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ ausgegeben und legitimiert wurde, unterstellte man die Identität von gesellschaftlichen und individuellen Interessen und leitete daraus ab, dass ein Streik in einem „volkseigenen“ Betrieb sinnlos sei, weil er gegen sich selbst gerichtet sei: Im „Arbeiterstaat“ konnten nicht Arbeiter gegen sich selbst streiken, konnten nicht den „eigenen“ Betrieb lahm legen und konnten sich nicht gegen den „eigenen“ Staat und seine führende Partei stellen. So lautete seit den späten 1940er bis in die 1980er Jahre das Argument der Parteispitze und ihrer Funktionseliten.⁹ Faktisch traten sie aber – wie bereits gezeigt – den Arbeitern als Gesamtunternehmer gegenüber und setzten Normen und Löhne fest, womit sie auch in Tarifkonflikten die Gegenseite der Arbeiter bildeten. Dem entsprechend sah zwar die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 noch ein Streikrecht – allerdings begrenzt auf die Gewerkschaften – vor, das aber bereits zu diesem Zeitpunkt „totes Recht“ darstellte, denn es wurde nicht in die grundlegenden Arbeitsgesetze (Gesetz der Arbeit von 1950 und dem Gesetzbuch der Arbeit 1961) übernommen. Die neue Verfassung der DDR von 1968 enthielt konsequenterweise auch das Streikrecht nicht mehr.¹⁰ Vielmehr bot sich schon mit der ersten Verfassung die Möglichkeit gegen Streikende mit harten Strafen auf Basis des Artikels 6 „Boykotttätze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“ vorzugehen, mit dem selbst Todesurteile begründet werden konnten.¹¹

Typische Formen und Abläufe bei Arbeitsniederlegungen nach 1953

Das Streikgeschehen und die Zahl der Beteiligten erreichten nach dem Juni/Juli 1953 in der DDR nie wieder ein solches Ausmaß wie in diesen Wochen. Außerdem verschwand

8 PORT, Andrew I.: Der erste Arbeiteraufstand in der DDR. Die Proteste der Wismut-Arbeiter im thüringischen Saalfeld 1951, in: *Deutschland Archiv*, 2007, 40, 605–613.

9 HÜBNER, Peter: Arbeitskampf im Konsensgewand? Zum Konfliktverhalten von Arbeitern im „realen“ Sozialismus, in: *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, BISPINCK, Hendrik – DANYEL, Jürgen – HERTLE, Hans-Hermann – WENTKER, Hermann (Hgg.), Berlin 2004, 195–213, hier 196f.

10 THIEL, Wera: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus*, HOFFMANN, Dierk – SCHWARTZ, Michael (Hgg.), Bundesarchiv, Bd. 8, Baden-Baden 2004, 161–198, hier 167f.

11 STADTLAND, *Herrschaft...*, 485.

danach die Bezugnahme auf die Traditionen der Arbeiterbewegung der 1920er und frühen 1930er Jahre. Nach 1953 fanden bis 1989 keine größeren Demonstrationen der Arbeiter für ihre eigenen Rechte oder gegen die SED-Herrschaft mehr statt und übergreifende, solidarische Aktionen fehlten, was auch darauf zurückzuführen war, dass aufkeimende Proteste nicht öffentlich wurden. Für die Arbeitsniederlegungen bildeten sich trotz aller Unterschiede im Umfang und den Ursachen bestimmte typische Charakteristika und Abläufe heraus, die Peter Hübner schon vor längerem herausgearbeitet hat.¹²

Die Zahl der Beteiligten an den Streiks blieb überschaubar. Arbeitsniederlegungen mit mehreren hundert Teilnehmern waren selten und hatten ihren Ursprung auch dann in einzelnen Betriebsabteilungen, von wo aus sie sich ausweiteten. Typisch blieb der eher kleine, durch einen bestimmten Streitpunkt schnell und kurzfristig, also eher spontan ausgelöste Streik. Gegenstand des Konflikts waren auch nach 1953 vor allem Lohn- und Normenfragen, also die Einkommen. Danach folgten mit deutlichem Abstand Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen. Die Streiks erstreckten sich oft auf Beschäftigtengruppen, in denen man sich untereinander kannte. Vielfach nahmen auch Parteimitglieder und/oder Gewerkschaftsfunktionäre daran teil. Meist schaukelte sich in ersten Diskussionen und Gesprächen die Missstimmung hoch und die Arbeiter bestätigten und ermutigten sich wechselseitig, dass eine demonstrative Aktion notwendig war. Einem Streik, der auch persönlich riskant war, stimmten wohl viele dann zu, wenn die Forderungen rein sozial und defensiv blieben. Politische Forderungen hätten besondere Risiken, wie Inhaftierung, bisweilen zumindest in den 1950er Jahren bis hin zur Todesstrafe, nach sich gezogen.

Gleichwohl blieb die Hemmschwelle für einen Streik relativ hoch, was sich an den relativ geringen Zahl von registrierten Streikfällen pro Jahr ablesen lässt, auch wenn man von einer Dunkelziffer nicht registrierter Arbeitsniederlegungen ausgehen kann. Dabei resultierte die Vorsicht der Arbeiter nicht so sehr aus der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, sondern aus der Furcht vor politischen, also polizeilichen Maßnahmen, denn nach dem Juni-Aufstand waren die Sicherheitsapparate stärker auf die Betriebe ausgerichtet worden.¹³ Deshalb schien es auch angebracht zu sein, dass sich möglichst keine Einzelpersonen als Streikführer oder Wortführer exponierten. Denn die übergeordneten Instanzen der SED und des FDGB wollten eben solche „Rädelsführer“ identifizieren, was aber nur selten gelang. Direkte Repressionen erfuhren in der Regel nur Einzelpersonen oder sehr kleine Untergruppen. Insofern verhielten sich die Arbeiter, die an Streiks teilnahmen, „pragmatisch“ und „reagierten prophylaktisch auf politische Risiken, die gewissermaßen als Schatten über dem unmittelbaren Gegenstand des Konflikts lagen“.¹⁴ Indem sich die Forderungen der Arbeiter auf Lohn- und Normfragen oder Arbeitsbedingungen

12 Zum folgenden – soweit nicht anders ausgewiesen – siehe: HÜBNER, Peter: *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995, 192–205. Vgl. auch KLEBMANN, 754.

13 Dazu vgl. HÜRTGEN, Renate: *Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel*, in: *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, HÜBNER, Peter – KLEBMANN, Christoph – TENFELDE, Klaus (Hgg.), Köln 2005, 383–403, hier 390.

14 Zitat HÜBNER, *Konsens...*, 195.

bezogen, kritisierten sie damit bestimmte Facetten der sozialen Wirklichkeit. Da aber das SED-Regime beanspruchte, das gesamte gesellschaftliche Leben zu lenken und zu leiten, hatte eine solche Kritik immer zugleich eine politische Dimension, die zu einer „eigenartigen Konfliktkonstellation“¹⁵ führte: Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben waren daran interessiert, nicht zu vermeidende Konflikte nicht als solche erscheinen zu lassen und mit unpolitischen Arrangements zu lösen. Das ermöglichte aber den Arbeitern, ihre Interessen durchaus wirkungsvoll wahrzunehmen. Diese Vorgehensweise hatte sich bereits in den ersten Jahren der DDR herausgebildet. Sie war jedoch nur praktikabel, solange die Forderungen möglichst unpolitisch erhoben und verhandelt wurden, was schnelle Kompromisse förderte und zunehmend Arbeitsgruppen und Brigaden aufwertete. Gerade die Brigaden entwickelten sich seit den 1950er Jahren mehr und mehr „zu einer Art von Körperschaft mit einem sozialen Schutzanliegen“.¹⁶ Sie trugen die auf diese Gruppe begrenzten informellen Arbeitskämpfe aus, die unterhalb der Schwelle bleiben mussten, wo sie politisiert werden konnten. In Lohn- und Normenfragen wirkten die Brigaden also konfliktdämpfend. Sie trugen zur Formierung von Arbeiterinteressen auf der Gruppenebene bei, weil die von der SED dominierten Gewerkschaften – trotz eines gegenteiligen subjektiven Verständnisses vieler ihrer Funktionäre – als Interessenvertretung im Wesentlichen versagten.¹⁷ Letztlich dominierten die Versuche, sich zu arrangieren, weil niemand an einer Eskalation von Konflikten interessiert war. Trotzdem blieb es immer eine Gefahr, dass massive Repressionen gegen die Streikenden angewendet wurden. So suchten die Sicherheitsapparate in den 1950er Jahren danach, ob die Beteiligten an einer Arbeitsniederlegung in das NS-Regime verstrickt waren, um diesen dann „faschistische Provokationen“ zu unterstellen, oder es wurden – deutlich milder – Prämien gekürzt oder Brigadiere und andere Leitungspersonen abgelöst. Eine nicht zu unterschätzende Eigendynamik erhielten diese Konflikte aber dann oft, wenn sich hauptamtliche politische Funktionäre damit befassten. Schon aus diesem Grund versuchten die betrieblichen Funktionäre das Problem betriebsintern zu lösen, auch wenn sie damit gegen die Anweisungen von „oben“ verstießen. Wenn allerdings Leitungsfunktionäre und Arbeiter jeweils die Argumente der anderen Seite und die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten nicht verstanden, waren die Grenzen des Konfliktmanagements erreicht und die Gefahr einer Intervention der zentralen Apparate stieg an. Dies war zumindest zum Teil – insbesondere in den 1950er Jahren – auch dadurch bedingt, dass den Leitungsfunktionären auf der betrieblichen Ebene nicht nur die wirtschaftlichen Kompetenzen, sondern auch die Fähigkeit fehlte, heraufziehende Konflikte unter der Belegschaft zu bemerken bzw. deren Gegenstand und Zielrichtung hinreichend genau

15 Ebenda.

16 Ebenda, 218f. Andrew Port bezweifelt an Hand seiner Untersuchungen zu Saalfeld, dass die Brigaden tatsächlich eine solche Funktion ausübten. Vgl. PORT, Andrew I.: *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010, 249f., 261f.

17 HÜBNER, *Konsens...*, Kap. 5, passim; ROESLER, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: *Sozialgeschichte der DDR*, KAELBLE, Hartmut – KOCKA, Jürgen – ZWAHR, Hartmut (Hgg.), Stuttgart 1994, 144–170, 156f.

zu bestimmen. Diese Probleme zogen die Tendenz nach sich, dass die betrieblichen Funktionäre dem direkten Gespräch mit den Arbeitern aus dem Weg gingen, was wiederum ihre Beobachtungsfähigkeit verringerte. Besondere Spannungen entstanden, wenn das soziale Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiter verletzt wurde: Entweder weil sich Leitungskräfte selbst besonders hohe Prämien zuwiesen oder aber die Arbeitern sich im Vergleich zur Entlohnung in anderen Betrieben oder Branchen benachteiligt sahen. Dabei war letzteres bei dem allgemeinen Wirrwarr in Lohn- und Normenfragen, das im Laufe der späten 1940er und 1950er Jahre entstanden war, kaum zu vermeiden. Insbesondere drohende Lohnminderungen waren Anlass für Konflikte.¹⁸ Allerdings zeigte sich auch schon in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, dass die Arbeiter Lohnkonflikten aus dem Weg gingen, indem sie den Betrieb wechselten und bei der herrschenden Arbeitskräfteknappheit dort einen höheren Lohn aushandeln konnten. Insofern erwies sich Fluktuation als ein konfliktthemmes bzw. -entspannendes Moment.¹⁹

Insgesamt waren die Industriearbeiter eher daran interessiert, ihren Alltag zu bewältigen und „durchzukommen“, wohingegen die Vertreter von Wirtschaftsleitung, Partei und Gewerkschaft innerbetriebliche Konflikte frühzeitig abblocken wollten. Im Lauf der 1950er Jahre setzten sich mehr und mehr Kompromisslösungen durch und immer seltener wurde harte Repression angewandt.²⁰ Dieser Weg zielte auf Konfliktvermeidung und Regimelegitimation und beinhaltete einen Tausch: „Uns die Macht, euch Arbeit und Brot.“ Diese Konstellation verhinderte einerseits viele Arbeitskonflikte von vornherein. Andererseits wurden nicht zu vereitelnde Konflikte in einer „politischen Konsenshülle“ ausgetragen.²¹ Die Adressaten waren die betrieblichen Leitungen und die Forderungen beschränkten sich auf betriebliche oder individuelle Probleme. Dabei verloren die Streiks nicht – wie von Renate Hürtgen angenommen – ihren politischen Inhalt.²² Zumindest implizit blieben sie auch bei betrieblichen Forderungen politisch. Allerdings bemühten sich die betrieblichen Funktionäre und vor allem die nach dem Juni 1953 beträchtlich ausgeweiteten inoffiziellen und offiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit zu verhindern, dass innerhalb des Betriebes andere Bereiche, geschweige denn über den Betrieb hinaus jemand von den Arbeitsniederlegungen erfuhr. Sie sollten – und überwiegend gelang das auch – keine betriebliche oder gar überbetriebliche Öffentlichkeit erfahren und fanden somit faktisch nicht mehr statt.²³

18 HÜBNER, *Konsens...*, 199f., 202f.; STADTLAND, *Herrschaft...*, 484.

19 HÜBNER, *Konsens...*, 205.

20 Ebenda, 208.

21 HÜBNER, *Arbeitskampf...*, 195–213, hier 197.

22 HÜRTGEN, Renate: Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?, in: *Das Land ist still--noch! Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989)*, ANSORG, Leonore – GEHRKE, Bernd – KLEIN, Thomas – KNEIPP, Danuta (Hgg.), Köln u.a. 2009, 135–161, hier 142.

23 Ebenda, 142.

Gleichwohl entstand sowohl aus dem Beispiel der westlichen Konsumgesellschaften als auch aus dem systeminternen Konflikt zwischen Investitionen einerseits und der Erhöhung des Lebensstandards und des Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme andererseits immer wieder neues Konfliktpotential. Die wiederholt auftretenden Versuche der SED-Spitze, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, denen auch eine gewisse Zyklizität zu eigen war, führte regelmäßig dazu, dass der Zuwachs des privaten Konsums in den daraus resultierenden Krisenjahren (1953, 1955/56, 1961–63, 1970/71, 1981–83, Niedergangsphase) einbrach. Die Bevölkerung reagierte darauf unterschiedlich, aber meist unüberhörbar: vom Aufstand am 17. Juni 1953 über die nicht allein durch die Versorgungssituation verursachte Massenflucht 1960/61 und 1989 bis hin zu starker politischer und sozialer Unruhe und Streiks in den Betrieben 1956 und 1970/71. Daraufhin wurde der private Konsum in den folgenden Jahren merklich angehoben.²⁴ Die Arbeiter reagierten also auf befürchtete oder eingetretene Einschnitte in ihrer Lebenssituation. Oder dort, wo die Betriebsleitungen den Planerfüllungskonsens aufkündigten und höhere Normen oder andere einkommensbelastende Schritte administrativ durchsetzen wollten, weil sie selbst unter Druck gekommen waren, kam es zu offenen Konflikten, ohne dass dabei die Gewerkschaften zur Interessenformierung beitrugen. Denn sie wurden auf Grund ihrer Zwitterrolle – als deklarierte Interessenvertreter der Beschäftigten sowie als Sachwalter von Staats- und Parteiforderungen – zu einem Spagat gezwungen, den sie letztlich nicht durchstehen konnten. Im Konfliktfall tendierten die Gewerkschaftsvertreter wegen „höherer ökonomischer Interessen“ dazu, den Forderungen betrieblicher bzw. staatlicher Leitungen nachzugeben.

Veränderungen in der Streikhäufigkeit und -beteiligung

Diese typischen Verläufe und Charakteristika der Streiks hatten sich bis Ende der 1950er Jahre endgültig ausgeprägt, aber das Streikgeschehen veränderte sich bis zum Ende der DDR erheblich. Zwar sind die vorliegenden Berichte bruchstückhaft und die Statistiken der verschiedenen berichtenden Institutionen nicht vollständig. So war Günter Mittag, der Wirtschaftssekretär in der SED-Spitze, 1964 verärgert, weil er von einem Streik durch den Staatssicherheitsminister Erich Mielke und nicht über seinen Apparat erfuhr.²⁵ Gleichwohl bilden die folgenden Angaben, die vom FDGB erfasst wurden, die Tendenz der Streikentwicklung ab.

24 Vgl. STEINER, André: Zur Anatomie der Wirtschaftskrisen im Sozialismus, in: *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, BISPINCK, Hendrik – DANYEL, Jürgen – HERTLE, Hans-Hermann – WENTKER, Hermann (Hgg.), Berlin 2004, 131–143.

25 MfS: Einzelinformation über eine Arbeitsniederlegung im VEB Starkstromanlagenbau Karl-Marx-Stadt am 10.4.64..., 24.4.64, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Foundation Archives of Parties and Mass Organisations of the GDR in the Federal Archives; nachstehend SAPMO-BA) DY30 IV A2/2021/342.

Zahl der durch den FDGB registrierten Streiks²⁶

| | | | |
|-------------------|-----|------|----|
| 1960 | 166 | 1975 | 26 |
| 1961 | 135 | 1976 | 25 |
| 1962 | 144 | 1977 | 25 |
| 1963 | 138 | 1978 | 15 |
| 1964 | 57 | 1979 | 8 |
| 1965 | 25 | 1980 | 6 |
| 1966 | 41 | 1981 | 14 |
| 1967 | 18 | 1982 | 6 |
| 1968 | 15 | 1983 | 1 |
| 1969 | 28 | 1984 | - |
| 1970 (bis 10.12.) | 26 | 1985 | 5 |
| 1971 | 48 | 1986 | 2 |
| 1972 | 39 | 1987 | 2 |
| 1973 | 40 | 1988 | 2 |
| 1974 | 30 | | |

Demnach war die Zahl der Streiks Anfang der 1960er Jahre noch relativ hoch: Im Jahr 1960 kam es zu 166 Arbeitsniederlegungen, wovon allein 51 im letzten Quartal registriert wurden. Insgesamt nahmen an diesen Protestaktionen weniger als 2.000 Beschäftigte teil.²⁷ Die Ursachen lagen wie auch im Folgejahr zumeist bei administrativ verordneten Lohn- und Normenänderungen. Für 1961 registrierte der FDGB 135 Streiks. Diese rückläufige Zahl und die insgesamt nur 1.400 Teilnehmer zeigen, dass in der Mehrheit der Betriebe ein Interessenausgleich gesucht wurde, der meist auf die Rücknahme unpopulärer Schritte durch die Betriebsleitung hinauslief.²⁸ In diesem Jahr war aber auch die Besonderheit, dass es nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 in einigen Betrieben zu spontanen und kurzfristigen Streiks kam, die aber eng begrenzt und stark vereinzelt blieben, denn in der aufgeheizten Atmosphäre dieser Monate wurden Streiks als politische Protestaktion verstanden. Entsprechend verhaftete man die Beteiligten zum Teil

26 HÜRTGEN, *Betrieblicher Widerstand...*, 147. Die Zahlen von Hürtgen wurden hier allerdings für 1961 und 1962 korrigiert nach: FDGB, Bundesvorstand: Analyse über Arbeitskonflikte, die zu Arbeitsniederlegungen führten und über klassenfeindliche Tätigkeit im Jahr 1961, SAPMO-BA DY30 IV 2/611/66; Analyse über Arbeitskonflikte, die zu Arbeitsniederlegungen führten und über klassenfeindliche Tätigkeit im Jahr 1962, 12.3.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/738. Leicht andere, aber im Trend übereinstimmende Zahlen für die 1960er Jahre in: STADELMANN-WENZ, Elke: *Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära*, Paderborn u.a. 2009, 126.

27 FDGB, Bundesvorstand, Abt. Organisation, Bereich Information/Statistik: Analyse über Arbeitskonflikte, die zu Arbeitsniederlegungen führten und über klassenfeindliche Tätigkeit im Jahr 1961 vom 1. Februar 1961, in: Zentrales Parteiarhiv der SED (Central Party Archive of the SED) IV 2/611/66.

28 Vgl. u.a. Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik: Zum Problem Arbeitsproduktivität und Lohn, 27.3.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/611/52; FDGB, Bundesvorstand: Analyse über Arbeitskonflikte ... im Jahr 1961, 1.2.62, SAPMO-BA DY30 IV 2/611/66; [Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik]: Bemerkungen zu den uns bekannten Arbeitskonflikten ..., 27.3.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/611/65.

und verurteilte sie in Schnellgerichtsverfahren.²⁹ Letztmalig (vor 1989) wurden politische Forderungen im Zusammenhang mit Arbeitsniederlegungen nach dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die CSSR 1968 laut.³⁰

Nach der Schließung der Grenze 1961 war in den Augen der SED-Führung die Gelegenheit, um mit einem „Produktionsaufgebot“ das schon länger schwelende Problem der Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Produktivität und Lohn zu lösen. Ihm lagen verschiedene Ursachen, wie das grundsätzliche Dilemma der schwierigen Formulierung von Leistungsanforderungen ebenso wie die fortschreitende Technisierung der Arbeit ohne entsprechender Anpassung der Normen, zugrunde. Das „Produktionsaufgebot“ sollte nun einen diesbezüglichen Ausgleich herstellen, zu dem offiziell eine Berliner Brigade unter der Losung „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren!“ aufrief.³¹ Diese vom SED-Apparat initiierte Kampagne verstanden die Verantwortlichen in den Betrieben als kaum verhülltes Instrument, um die Lohnentwicklung zu stoppen und die Normen zu erhöhen. Bei den Arbeitern, aber auch bei den SED- und Gewerkschaftsfunktionären auf den unteren Ebenen stieß das auf beträchtlichen Unmut bis hin zu passiver Resistenz. Sie sprachen von „kapitalistischen Methoden“ und „höherer Form des Arbeiterausquetschens“. In Extremfällen wurde aber auch die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streiks nahm in den ersten drei Quartalen 1962 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zu. Nicht wenige Arbeiter fanden sich jedoch in der gegebenen politischen Lage nach dem Mauerbau auch mit den Normerhöhungen und eingefrorenen Löhnen ab. Wirtschaftlich erwies sich diese Kampagne aber teilweise als kontraproduktiv und ihre Wirkung blieb begrenzt.³²

Ab 1963 begannen in der DDR die Diskussion und Umsetzung von Wirtschaftsreformen, mit denen die Wirtschaft produktiver werden und wieder einmal der unmittelbare Konkurrent im Westen übertroffen werden sollte.³³ Aber schon die Ankündigung, die Einkommen stärker an die individuellen Leistungen zu binden, rief bei den Arbeitern die alten Ängste hervor, dass es bei diesen „kapitalistischen Methoden“ nur um Lohnkürzungen gehen würde. In den Betrieben wurden weiter administrativ Normen erhöht und Löhne verändert, was im ersten Halbjahr 1963 50 registrierte Streiks mit insgesamt 500 beteiligten Beschäftigten nach sich zog und diese Furcht verstärkte. Auch viele Führungskräfte machten sich Sorgen, dass ihre Einkommen mit den Prämiengehältern geschmälert

29 MAJOR, Patrick: Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1999, 39, 325–354, hier 341f.; STADELMANN-WENZ, 42f., 126f.

30 HÜRTGEN, *Konfliktverhalten...*, 396.

31 Neues Deutschland, 7. September 1961.

32 Einige Probleme der Entwicklung des Produktionsaufgebotes, 6.10.61, SAPMO-BA DY30 IV 2/2029/205; Analyse über Arbeitskonflikte ..., 12.3.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/738. Vgl. STEINER, *Von Plan zu Plan...*, 144ff.

33 Vgl. STEINER, André: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999, passim.

würden.³⁴ Jedoch traf die Wirtschaftsreform auch bestimmte Erwartungen in der Arbeiterschaft, wenn SED-Chef Walter Ulbricht verlangte, „für gutes Geld gute Arbeit zu leisten“ und gleichzeitig „die Schaufenster zum Magneten der materiellen Interessiertheit zu machen“.³⁵ Infolgedessen ging die Zahl der Streiks nach 1963 stark zurück. Da die Reform die Betriebsebene stärkte, nahmen die Arbeiter noch mehr als bis dahin die Betriebsleitungen als Gegner wahr. An den Konfliktgegenständen änderte sich dagegen nichts und es ging ihnen weiter primär darum, schlechtere Einkommensbedingungen abzuwehren. Nach entsprechenden Versprechen, dies zu verhindern oder rückgängig zu machen, nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf.³⁶

Erst Ende der 1960er Jahre stieg die Zahl der Arbeitskonflikte wieder an, wobei im SED-Parteiparat die Ursache in der ungenügenden Arbeit der Betriebsleitungen ausgemacht und damit die Schuld den lokalen Funktionären zugeschoben wurde, ohne dass man die zugespitzte wirtschaftliche Situation thematisierte.³⁷ Die ökonomischen Schwierigkeiten waren aber für die Beschäftigten unmittelbar zu spüren und ließen die Unzufriedenheit wachsen. Vor allem fehlende Zulieferungen in der Produktion, Lohnkonflikte und befürchtete Preissteigerungen zogen nach sich, dass seit dem Herbst 1970 bis in das Frühjahr 1971 hinein die Zahl der Streiks in den Betrieben deutlich anstieg.³⁸ Vor dem Hintergrund der Unruhen in Polen im Dezember 1970 motivierte gerade auch der bedrohlich wirkende Anstieg der Arbeitsniederlegungen im eigenen Land die SED-Spitze dazu, im Frühjahr 1971 die eigene Politik grundlegend zu ändern. Der neue SED-Chef Erich Honecker nahm – anders als Ulbricht, der zunächst mit einer gewaltigen Anstrengung die Effektivität und nachfolgend den Lebensstandard erhöhen wollte – einen Wechsel auf die Zukunft und erhöhte erst den Konsum, auf dessen Grundlage dann die Produktivität wachsen sollte. Die Zahl der Streiks in der ersten Hälfte der 1970er Jahre lässt aber erkennen, dass es einiger Zeit bedurfte, um die Lage zu beruhigen.

In den 1980er Jahren hatten Arbeitsniederlegungen an Bedeutung verloren und auch die Zahl der Teilnehmer reduzierte sich drastisch: In den 1950er Jahren waren noch 80 oder mehr Beschäftigte – also mehrere Betriebsabteilungen oder Schichten – an den Ausständen beteiligt. In den 1960er Jahren nahmen in der Regel nur noch 20 bis 25 Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen teil, was darauf schließen lässt, dass die Brigaden jetzt der Ort waren, an dem sich die Beschäftigten mobilisierten. In den 1970er waren es bis zu 15 Personen

34 Arbeitsgruppe Wettbewerb: Material zur Begründung der Vorlage „Einschätzung ...“, 18.3.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/486; Information: Analyse über Arbeitskonflikte im I. Halbjahr 1963, 3.8.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/738; Büro für Industrie und Bauwesen: 2. Information über die Vorbereitung der Wahlen ..., 14.9.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/80; Abt. Planung und Finanzen: Information für das Politbüro ..., 10.10.63, SAPMO-BA DY30 IV A2/601/6.

35 ULBRICHT, Walter: *Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis*, Berlin (Ost) 1963, 78, 103f.

36 STADELMANN-WENZ, 125ff.

37 Ebenda, 128.

38 Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik an Mittag: Information über Arbeitskonflikte ..., 24.5.71, SAPMO-BA DY30 IV A2/2021/744. Vgl. zur Situation: NAUMANN, Gerhard – TRÜMLER, Eckhard: *Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR*, Berlin 1990.

und in den 1980er Jahren nur noch 1–3 Beschäftigte, die bei einem Arbeitsausstand mitmachten. Es handelte sich also nicht mehr um kollektive, sondern eher individuelle Aktionen, die zum Schluss kaum noch als Streik zu bezeichnen waren.³⁹

Dieses Ergebnis war auch ein Spiegelbild davon, dass Streiks in der DDR nicht als selbstverständliches Mittel zur Interessendurchsetzung galten. Dazu wurden mehr und mehr andere Instrumente, wie die Eingabe – eine Form der Petition – genutzt. Mit ihr individualisierte sich allerdings auch die Interessenwahrnehmung. Es zeigte sich nämlich zunehmend, dass die Beschäftigten mit Arbeitsniederlegungen keineswegs immer ihr Ziel erreichten. Vor allem Lohnforderungen wurden oft abgelehnt oder nach Aussprachen mit Betriebsleitung, Partei und Gewerkschaften „einsichtig“ zurückgenommen. Das Verlangen nach höheren Prämien und andere Wünsche, denen mit den Mitteln des Betriebes Rechnung getragen werden konnte, waren öfter erfolgreich. Die Aussicht, mit einer Eingabe erfolgreich zu sein, schien durchaus – aber nicht durchweg – höher gewesen zu sein, weshalb diese gerade in den späten DDR-Jahren zu dem probateren Mittel wurden, eigene Interessen durchzusetzen.⁴⁰ Jedoch blieb auch der Wechsel zu einem anderen Betrieb angesichts der allgemeinen Arbeitskräfteknappheit ein geeignetes Instrument, um die eigene Lage zu verbessern.

Ein weiterer Grund für den deutlichen Rückgang der Zahl der Streiks und der an ihnen Beteiligten war sicher die Verbesserung der materiellen Lebenslage. Jedoch kann letztere diese Entwicklung nicht allein erklären, da in den 1980er Jahren, bei sich verschlechternder Versorgung der Bevölkerung und wachsendem Unmut, die Streikzahlen nicht wieder anstiegen. Vielmehr ist auf die Entstehung neuer Beschäftigtengruppen hingewiesen worden, die nicht zu solchen Formen der Konfliktaustragung neigten, was durch die wachsende technische Ausstattung der Industrie befördert wurde. Auch die in der DDR-Gesellschaft ab den 1980er Jahren nicht zu übersehenden Tendenzen zur Individualisierung leisteten wohl einen Beitrag dazu. Nicht zuletzt wurde ebenfalls auf die fehlende wirksame Interessenvertretung – der FDGB als „Transmissionsriemen“ der Partei – und die zunehmende Kontrolle durch die Staatssicherheit verwiesen.⁴¹ Jedoch auch Repression und Angst reichen als Erklärung für das Ausbleiben von Unruhen und mehr Streiks nicht aus. Es ist wohl auch ein gewisses Maß an Loyalität und die allgemeine Bereitschaft der Basisfunktionäre, den Arbeitern entgegenzukommen und so Konsens zu erreichen, in Betracht zu ziehen. Andrew Port geht sogar so weit, mit den Reibungen und Spannungen innerhalb der Arbeiterschaft die langjährige Stabilität zu erklären. Für ihn sind die soziale Fragmentierung und das offizielle Entgegenkommen die wichtigste Erklärung dafür, dass die Arbeiter sich nicht mehr und früher auflehnten.⁴² Diese These erscheint durchaus diskussionswürdig, aber – auch wegen ihrer begrenzten Quellengrundlage – nicht vollständig überzeugend.

Gemessen an der Streikhäufigkeit und der Zahl der Beteiligten herrschte in den 1980er Jahren in der DDR politische Ruhe. Allerdings wurden im Spätherbst 1989 alle Beobachter eines

39 HÜRTGEN, *Konfliktverhalten...*, 396; HÜRTGEN, *Betrieblicher Widerstand...*, 145.

40 HÜRTGEN, *Konfliktverhalten...*, 397ff.

41 Ebenda, 391.

42 PORT, *Die rätselhafte Stabilität...*, 339–349.

Besseren belehrt. Erstmals seit dem Juni-Aufstand 1953 entwickelte sich wieder eine Welle von Streiks. Sie begann im Oktober 1989 und weitete sich in der zweiten Novemberhälfte aus. Neben wirtschaftlichen und sozialen Forderungen wurden mit ihnen vor allem politische Ziele verfolgt und damit schließlich der Zusammenbruch des SED-Regimes beschleunigt.⁴³

Referenzen

- DIEDRICH, Torsten: *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991.
- HOFFMANN, Dierk: Der 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und Folgen des Volksaufstandes in der DDR, in: *Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute*, LÖHNIG, Martin – PREISNER, Mareike – SCHLEMMER, Thomas (Hgg.), Tübingen 2015, 99–114.
- HÜBNER, Peter: *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995.
- HÜBNER, Peter: Arbeitskampf im Konsensgewand? Zum Konfliktverhalten von Arbeitern im „realen“ Sozialismus, in: *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, BISPINCK, Hendrik – DANYEL, Jürgen – HERTLE, Hans-Hermann – WENTKER, Hermann (Hgg.), Berlin 2004, 195–213.
- HÜRTGEN, Renate: Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel, in: *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, HÜBNER, Peter – KLEßMANN, Christoph – TENFELDE, Klaus (Hgg.), Köln 2005, 383–403.
- HÜRTGEN, Renate: Betrieblicher Widerstand in der DDR der siebziger und achtziger Jahre – ein Thema für die Oppositionsforschung?, in: *Das Land ist still–noch! Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989)*, ANSORG, Leonore – GEHRKE, Bernd – KLEIN, Thomas – KNEIPP, Danuta (Hgg.), Köln u.a. 2009, 135–161.
- KLEßMANN, Christoph: *Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971)*, Bonn 2007.
- KOWALCZUK, Ilko-Sascha – MITTER, Armin – WOLLE, Stefan (Hgg.): *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1995.
- MAJOR, Patrick: Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1999, 39, 325–354.
- MITTER, Armin – WOLLE, Stefan (Hgg.): *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990.
- NAUMANN, Gerhard – TRÜMPLER, Eckhard: *Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR*, Berlin 1990.
- OSTERMANN, Christian F.: *Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question and the First Major Upheaval behind the Iron Curtain*, Budapest – New York 2001.

43 Vgl. zusammenfassend STEINER, André: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, HENKE, Klaus-Dietmar (Hg.), München 2009, 113–129.

- PORT, Andrew I.: Der erste Arbeiteraufstand in der DDR. Die Proteste der Wismut-Arbeiter im thüringischen Saalfeld 1951, in: *Deutschland Archiv*, 2007, 40, 605–613.
- PORT, Andrew I.: *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010.
- ROESLER, Jörg: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: *Sozialgeschichte der DDR*, KAELBLE, Hartmut – KOCKA, Jürgen – ZWAHR, Hartmut (Hgg.), Stuttgart 1994, 144–170.
- STADELMANN-WENZ, Elke: *Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära*, Paderborn u.a. 2009.
- STADTLAND, Helke: *Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953*, Essen 2001.
- STADTLAND, Helke: Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen Integration, Disziplinierung und Verweigerung, in: *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, HÜBNER, Peter – KLEßMANN, Christoph – TENFELDE, Klaus (Hgg.), Köln 2005, 357–381.
- STARITZ, Dietrich: *Geschichte der DDR*, Erweiterte Neuauflage, Frankfurt/M. 1996.
- STEINER, André: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999.
- STEINER, André: Zur Anatomie der Wirtschaftskrisen im Sozialismus, in: *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, BISPINCK, Hendrik – DANYEL, Jürgen – HERTLE, Hans-Hermann – WENTKER, Hermann (Hgg.), Berlin 2004, 131–143.
- STEINER, André: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007.
- STEINER, André: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, HENKE, Klaus-Dietmar (Hg.), München 2009, 113–129.
- THIEL, Wera: Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus*, HOFFMANN, Dierk – SCHWARTZ, Michael (Hgg.), Bundesarchiv, Bd. 8, Baden-Baden 2004, 161–198.
- ULBRICHT, Walter: *Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis*, Berlin (Ost) 1963.
- VOLKMANN, Heinrich: Arbeitsniederlegungen und Protestdemonstrationen 1946–1948 im Ost-West-Vergleich, in: *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, FISCHER, Wolfram – MÜLLER, Uwe – ZSCHALER, Frank (Hgg.), St. Katharinen 1997, 206–228.

Author

prof. Dr. André Steiner
Zentrum für Zeithistorische Forschung
Centre for Contemporary History
Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam, Germany
steiner@zzf-potsdam.de